

— Beschluss der Landesdelegiertenversammlung — 2. bis 4. November 2017 —

**Erklärung der GEW-Landesdelegiertenversammlung zur Bildungspolitik und
Arbeitskräftemangel im Bildungswesen**

**Kurzfassung: Erklärung der GEW-Landesdelegiertenversammlung zum Lehrkräftemangel an
den hessischen Schulen**

Der Lehrkräftemangel an hessischen Schulen ist nicht vom Himmel gefallen. Er ist vielmehr Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik einer systematischen Abwertung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern durch Nullrunden, geringe Gehaltserhöhungen und überhöhten Arbeitszeiten durch die hessische Landesregierung. Er ist Ergebnis vollkommen falscher Prognosen und des Ignorierens statistischer Daten zugunsten politischen Wunschdenkens: Stichwort Demographierendite sowie von Beschränkungen bei der Lehramtsausbildung.

Die seit der Jahrtausendwende rund 20-prozentige materielle Abwertung gegenüber der allgemeinen Tarifentwicklung hat die Lehrkräfteberufe für junge Leute zunehmend unattraktiver gemacht. Dies führt insbesondere in solchen Fächern und Bereichen zunehmend zu Verschärfungen, in denen es eine unmittelbare Konkurrenz zu Arbeitsplätzen in der Wirtschaft gibt. Im Grundschullehramt wird die allgemeine Abwertung zusätzlich durch die ungerechte und frauendiskriminierende niedrigere Eingruppierung nach A 12 verschärft. Im Förderschullehramt verschärft die unsichere Perspektive durch den ‚politischen Schleuderkurs‘ bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention zusätzlich den Nachwuchsmangel.

Der Lehrkräftemangel ist kein kurzfristiges Problem, dem mit kurzatmigen Behelfsmaßnahmen beigegeben werden kann. Auch im Kontext von Schulentwicklung, wieder ansteigenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern, dringend erforderlicher Pflichtstundenreduzierung und Verringerung der Klassen- und Gruppenobergrenzen wird er zunehmend zum Dauerproblem werden, dem im Interesse einer hohen Qualität der Arbeit in den Schulen mit einer grundlegend anderen Politik begegnet werden muss.

Deshalb fordert die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen die Landesregierung auf, das Problem des Nachwuchsmangels endlich grundlegend anzugehen, anstatt durch ständig neue Hilfskonstrukte die Qualitätsstandards für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern und die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer ständig herunter zu fahren.

Notwendig ist neben einer Gleichbewertung des Lehramts für Grundschulen durch Besoldung nach A 13 (bzw. im Tarifbereich nach E 13) eine dauerhafte Wiederaufwertung, der Arbeit der Lehrkräfte in den Schulen, Dies bedeutet beispielsweise eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit und eine inhalts- und zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. Darüber hinaus ist eine schrittweise Reduzierung der Gehaltsabwertung seit der Operation „Düstere Zukunft“ notwendig.

Notwendig ist eine Anhebung der Ausbildungsplätze im Studium und eine Abschaffung des numerus clausus sowie eine Anhebung der Plätze im Vorbereitungsdienst mit deutlicher Erhöhung der Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter. Notwendig ist eine Bildungspolitik mit klaren Entwicklungsperspektiven z.B. bei der Inklusion und bei der Ganztagschulentwicklung.

Der GEW Hessen ist bewusst, dass bedingt durch die Dauer der Ausbildung, diese durch falsche Politik entstandenen massiven Probleme nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Die GEW Hessen ist bereit über befristete Übergangsregeln zu verhandeln und Übergangskonstrukte gegebenenfalls mitzutragen. Dabei werden wir allerdings auch bei diesen auf hohe Qualitätsstandards achten.